

BUCHBESPRECHUNGEN

LEONARD NELSON

SYSTEM DER PHILOSOPHISCHEN
RECHTSLEHRE UND POLITIK

Sämtliche Werke, Band 6. Verlag Öffentliches Leben,
Frankfurt a. M. 1964. 570 S., Ln. 38 DM.

Der 1927 verstorbene Philosoph Leonard Nelson veröffentlichte dieses Werk als den dritten Band seiner „Vorlesungen über die Grundlagen der Ethik“. Im ersten, in der „Kritik der praktischen Vernunft“ hatte er u. a. den Grundsatz begründet, auf den er Rechtslehre und Politik aufbaut: das Rechtsgesetz.

Die *philosophische Rechtslehre* beginnt damit, daß Nelson, um seine Ansichten über das Wesen und die Aufgaben einer solchen darzulegen, sich mit den herrschenden Auffassungen auseinandersetzt. Es sind dies der juristische Empirismus, eine Lehre, die Recht ausschließlich aus Erfahrung und Gewohnheiten erklärt, der juristische Mystizismus, der den Zweck des Rechts durch einen höheren Willen, sei es der des Welterschöpfers oder der Gesellschaft, bestimmt sieht, der juristische Asthetizismus, nach dem der Unterschied zwischen Recht und Unrecht nur gefühlsmäßig erfaßt werden kann, der juristische Logizismus, bei dem es über die Logik hinaus keines weiteren philosophischen Kriteriums bedarf. Nelson weist die Irrtümer dieser Lehren nach und entwickelt den juristischen Kritizismus. Er gründet seine Rechtslehre auf eine philosophische Erkenntnis im allgemeinsten Sinne des Wortes, auf ein unabhängig von aller Erfahrung feststehendes Prinzip, ein Prinzip a priori. Er lehnt es ab, daß uns das Recht durch Offenbarung eines höheren Wesens vermittelt wird. Er ist der Ansicht, daß es von uns durch eigenes Nachdenken gefunden werden kann. Dabei brauchen wir nicht bei dunklen Gefühlen stehenzubleiben, sondern können diese bei hinreichender Mühe in klare Begriffe auflösen, wobei wir über bloße logische Erkenntnisse hinausgehen.

Es folgen dann die Abschnitte der formalen und der materialen Rechtslehre. In der ersten leitet Nelson solche Postulate ab, die sich aus dem bloßen Begriff des Rechts ohne irgendeine Annahme darüber, was der Inhalt des Rechtsgesetzes ist, ergeben. Im zweiten werden dann die Postulate ausgewiesen, die unter Hinzunahme des Rechtsgesetzes (Gerechtigkeit ist Recht) folgen. Dieser Abschnitt schließt mit einer ausführlichen Auseinandersetzung mit der Lehre des Naturrechts.

Zu dieser Unterscheidung einer formalen und materialen Rechtslehre fühlt sich Nelson nicht nur aus dem wissenschaftlichen Verlangen veranlaßt, mit einem Minimum von Voraussetzungen auszukommen, sondern er hat

außerdem den Wunsch, sich möglichst weitgehend mit möglichst vielen Rechtsgelehrten zu verständigen. Dieses Arbeitsprinzip wird auch in der „Politik“ verwandt.

In der *philosophischen Politik* steht der Staatsbegriff im Mittelpunkt. Nelson ist einig mit den Soziologen darüber, daß heute der Staat weitgehend aus seiner Herrschaftsstellung verdrängt ist und „Mächten gewichen ist, deren elementarer Aufstieg die traditionellen, von der klassischen Schule als ewig gültig angenommenen Formen gesprengt hat“. Wer, meint Nelson, jedoch die Frage nach der Rechtllichkeit der gesellschaftlichen Ordnung stellt, wird zu der Einsicht von der Notwendigkeit einer Organisation geführt, die die Ansprüche der verschiedenen Gruppen und Verbände, die zur Macht drängen, beschränkt und sie den Anforderungen des Rechts unterwirft. Diese Organisation ist aber nichts anderes als der Staat. „Freilich ein Staat, der als Diener und nicht als Schöpfer des Rechts, auch für die Wissenschaft nicht ein Gegenstand des Staatskultus, sondern nur ein solcher der Staatskritik sein kann.“ (S. 13)

Der gesamte Inhalt von Nelsons *formaler Staatspolitik* geht auf die richtige Verbindung von zwei Sätzen zurück. Diese beziehen sich auf das Verhältnis von Recht und Gewalt im Staat. „Wir haben auf der einen Seite die Voraussetzung, daß das Recht, da es von Natur aus nicht notwendig gilt, nur durch hinreichende Gewalt gesichert werden kann. Wir haben auf der anderen Seite den Satz, daß die Gewalt, damit ihre Entscheidung nicht in rechtlicher Hinsicht zufällig bleibt, auf den Dienst des Rechts beschränkt werden muß.“ (S. 184) Die philosophische Idee der Rechtslehre fordert nichts anderes, als daß die höchste Gewalt in der Gesellschaft im Dienste des Rechts steht.

Zur Klärung dieses Verhältnisses von Recht und Gewalt werden von Nelson die Theorien des Anarchismus, des Fatalismus, des politischen Optimismus' und Pessimismus untersucht. Nelson beschäftigt ferner das Problem der Kontrolle und Beschränkung der Staatsgewalt, deren Vollstrecker die Regierung ist. Eine solche, analysiert Nelson, würde dem bloßen Begriff des Staates widersprechen, demzufolge die Regierung mit so viel Macht ausgestattet ist, daß sie die in der Gesellschaft zur Macht drängenden Gruppen in Schach hält. Jede Beschränkung ihrer Gewalt würde dies vereiteln. Wohl sind Rechtsprechung und Gesetzgebung wichtig und unerläßliche Aufgaben des Staates. Nelson hält es für unrealistisch, in ihnen selbständige Gewalten zu sehen. Da die Regierung die Gewalt in Händen hat, ist eine Unabhängigkeit der beiden von ihr unmöglich. Die einzige Beschränkung der Regierung, die nach Nelson vor deren Mißbrauch der Gewalt schützen kann, liegt in der *moralischen* Macht des öffentlichen Rechts-

bewußtseins, wieweit dieses genügend entwickelt und gefestigt ist, um von der Regierung geachtet zu werden. Fehlt es an dessen Kraft, so bietet auch eine noch so künstlich ausgedachte Verfassung keinen Schutz vor Mißbrauch. Jedoch allein damit, daß der Regent die Staatsgewalt in Händen hat, steht ihm nicht das Recht zu, das Volk seiner Gesetzgebung und seiner Regierung zu unterwerfen. Er ist als solcher keineswegs *rechtlich* ausgezeichnet. Weder er, noch eine Klasse, noch eine Minderheit oder Mehrheit genießen irgendwelche Vorrechte. Die Maxime der politischen Unbeschränktheit der Regierungsgewalt darf nicht zur Maxime ihrer rechtlichen Unbeschränktheit verführen.

In der *materiellen Staatspolitik* fragt Nelson: Wie ist ein Staat nach dem Rechtsideal zu beurteilen, wenn man sich ihn auf diese oder jene Weise eingerichtet denkt? Das Rechtsideal ist das Ideal der Geltung des Rechtsgesetzes in der Gesellschaft. Das Rechtsgesetz ist das der persönlichen Gleichheit. Die materiale Staatspolitik umfaßt erstens die Kritik der Prinzipien der Übereinkunftsgesetzgebung, zweitens die Kritik der Prinzipien der Zwangsgesetzgebung. Im ersten Teil werden das Vertrags-, Eigentums-, Erb-, Ehe- und Vormundschaftsrecht an der Sonde der persönlichen Gleichheit gemessen. Im zweiten werden die Prinzipien der verteilenden und der vergeltenden Gerechtigkeit hinsichtlich ihrer Aufgabenstellung an die Gesetzgebung untersucht. Sie führen zu den Aufgaben der Sozial-, Kultur- und Kriminalpolitik.

Als Prinzip der *Sozialpolitik* entwickelt Nelson die gleiche Möglichkeit des Wohlstandes für alle in der Gesellschaft. Er versteht unter Wohlstand das zur Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins hinreichende und notwendige Maß an Besitz. Seiner philosophischen Betrachtung sind Grenzen hinsichtlich der Angabe bestimmter Maßnahmen gesetzt, da diese von den jeweiligen Umständen abhängen. Er führt daher eine Untersuchung über die Methoden der Beschränkung des Privatbesitzes in der Gesellschaft. Er entscheidet sich für die Wirtschaftsform des liberalen Sozialismus und gegen die des Kommunismus, den Kollektivismus, in dem er das wahre Interesse des Menschen an der Freiheit verletzt sieht. Die Tragweite der philosophischen Kritik schließt aber nicht etwa politische Kompromisse mit dem Kommunismus aus. Sie sind auf dem Weg zum Ziel mit ihm genauso erforderlich wie mit dem Kapitalismus.

Die Aufgabe der *Kulturpolitik* leitet Nelson ab aus der Anwendung des Rechtsideals auf die gegenseitige Abhängigkeit der Menschen im Gedankenverkehr. Wir stehen vor der Schwierigkeit, daß dem Menschen sein Interesse an der Bildung, das mit seiner Würde unlöslich verknüpft ist, nicht unmittelbar klar ist. Es kann erst nach hinreichender Ausbil-

derung als ein wirkliches Bedürfnis ins Bewußtsein treten. Dem Staat obliegt daher die Aufgabe der Schul- und Hochschulpolitik. Das Ideal der Bildung ist vernünftige Selbstbestimmung und diese nur durch Selbsttätigkeit zu verwirklichen. Daraus ergibt sich die Aufgabe des Staates, die Geistesfreiheit zu schützen.

In der *Kirchenpolitik* vertritt Nelson daher Intoleranz des Staates gegenüber der Hierarchie, Toleranz gegenüber nichthierarchischen Bekenntniskirchen, zu deren Beitritt aber nur Mündige zugelassen werden sollen, Förderung freier Kultgemeinschaften, die jeden Glaubenszwang verwerfen in Anerkennung der gleichen Unwissenheit aller Menschen in bezug auf übersinnliche Wahrheit.

Die *Kriminalpolitik* umfaßt die Aufgaben des Staates, die Rechtssicherheit durch Zwang zu gewährleisten und den Täter bei absichtlichen Übertretungen des Gesetzes zum Schadenersatz zu verpflichten und ihn seiner Strafe zuzuführen.

Es folgt ein Abschnitt über *Staatenpolitik*, die sich aus der Anwendung des Rechtsgesetzes auf das gegenseitige Verhältnis der Staaten ergibt. Als fernes Ziel wird ein Weltstaatenbund gefordert, der die Souveränität der Mitgliedstaaten beschränkt. Neben anderem wird der Verzicht auf eine selbständige Militärmacht jedes Mitglieds sicherlich am schwierigsten zu verwirklichen sein. Analog der Staatspolitik lehnt Nelson auch für den Staatenbund eine Beschränkung und Teilung der Bundesgewalt ab. Sie muß, um das Recht zwischen den Staaten zu schützen, nicht nur der Gewalt jedes einzelnen Staates, sondern auch der jeder möglichen Koalition von Staaten überlegen sein.

Nelson schließt sein Werk mit dem Abschnitt *Parteipolitik* ab, da er über die wissenschaftliche Klärung hinaus es als eine Aufgabe für den Politiker ansieht, die aufgezeigten Ziele zu verwirklichen. Dies kann nach seinen Überlegungen nur durch eine Partei geschehen, deren Idealbild er darstellt. Es ist eine Partei, deren Leitung analog der Staats- und Staatenpolitik politisch unbeschränkt ist. Es ist keine demokratische Partei im Sinne der Mehrheitsentscheidung. Nelsons Begründung dafür: Wenn etwas recht ist, ist es das unabhängig davon, ob eine Mehrheit dafür ist oder nicht. Gründe entscheiden darüber, was Recht ist, und nicht die Anzahl der Stimmen. Der Leiter der Partei, Nelson nennt ihn den Führer, soll nach rechtlichen Abwägungen entscheiden in enger Beratung mit den Mitgliedern, die sich aus freier Einwilligung zur Gefolgschaft entschlossen haben. Der einzige Schutz gegen den Mißbrauch seiner Macht kann in nichts anderem liegen als in seiner eigenen inneren Kontrolle, in der Reinheit und Festigkeit seines Willens gepaart mit der Auf-

geklärtheit und kritischen Haltung derer, die ihm folgen. Diese soll kein blinder Gehorsam, wie er in einer Autoritätsorganisation gefordert wird, binden, sondern allein die Macht des Vertrauens, das nur bei immer wieder eintretender Bewährung des Führers bestehen bleiben kann. Die Bedeutung der Erziehung (nicht nur der Schulung) im Rahmen der Parteiarbeit wird hiermit offenbar. Weil Nelson an die Kraft der Vernunft im Menschen glaubt, hält er diesen Aufbau seiner Partei des Rechts nicht für eine Utopie.

Die Fülle der Gedanken dieses Werkes, von denen nur die wichtigsten in Kürze angeführt sind, wird auch denen, die sich nicht allen Folgerungen Nelsons anschließen, zur Vertiefung und Überprüfung ihrer eigenen Ansichten verhelfen und ihnen neue Impulse für ihre Arbeit geben. Erna Blencke

WALTER HEINRICH WIRTSCHAFTSPOLITIK

2. Auflage. Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1964, 475 S., Ln. 56,60 DM.

Dr. Walter Heinrich, o. Professor an der Hochschule für Welthandel in Wien, legt im vorliegenden ersten Band der zweiten neubearbeiteten Auflage seiner „Wirtschaftspolitik“ ein klassisches Werk der universalistischen Wirtschaftsauffassung vor. Um mit einem Satz den Leitgedanken seiner Ausführungen vorwegzunehmen: Heinrich formuliert die Grundlagen einer ständisch geordneten Wirtschaft.

Um seine tiefeschürfende Untersuchung voll zu begreifen, muß man mit den Gedanken von *Othmar Spann* — „Fundament der Volkswirtschaftslehre“ und „Gesellschaftslehre“ — vertraut sein, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß die „Wirtschaftspolitik“ ohne dies unverständlich bliebe. Aber Heinrich selbst beruft sich an vielen Stellen auf Spann, auf dessen ganzheitlicher Theorie er aufbaut. Ohne an dieser Stelle auf die grundsätzlichen Gegensätze zwischen der klassisch-liberalistisch-neoliberalistischen (oder auch „individualistischen“) Richtung zur universalistischen Gesellschafts- und Volkswirtschaftslehre eingehen zu können, sei doch schon hier die Bemerkung gestattet, daß die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation der Gegenwart zu einer geistigen Annäherung der beiden Auffassungen führt. Eine „gemischte“ Theorie scheint das Ergebnis unserer „gemischten“ Wirtschaftsordnung zu werden. —

Heinrich gliedert sein Buch in sieben Teile. Der erste Teil bringt einen Abriß der Lehrgeschichte der Wirtschaftspolitik von der Antike bis zur Gegenwart. Die weiteren Teile befassen sich mit der Grundlegung der Wirtschaftspolitik, den Schlüsselbegriffen der Wirt-

Schaftspolitik, der Wirtschaftsgrundlagenpolitik, der Beeinflussung der Wirtschaftsziele im Dienst der Wirtschaftspolitik, der Wirtschaftspolitik in den Leistungsbereichen und schließlich mit der Preispolitik. Für den mit der Terminologie des Universalismus nicht Vertrauten sei erklärend hinzugefügt, daß „die Wirtschaftspolitik in den einzelnen Leistungsbereichen“ sich im wesentlichen inhaltlich mit den herkömmlichen Lehrgebieten der besonderen Volkswirtschaftslehre, also Agrar-, Gewerbe-, Industrie-, Handel-, Verkehrs- und Konjunkturpolitik usw. deckt.

So wie der Begründer der modernen universalistischen Theorie, Othmar Spann, faßt auch Heinrich die Gesellschaft als eine geistige und handelnde Einheit von Lebenskreisen auf, von denen einer die Wirtschaft ist. „Wirtschaft ist für die wirtschaftswissenschaftliche Betrachtung ein Inbegriff von Mitteln für Ziele.“ Und „Mittel ist, was (vermöge seiner bestimmt beschaffenen Ursächlichkeit) in die Rangordnung der Werte eingetreten ist, was Wertbezug erlangt hat“. (Spann, nach Heinrich S. 65). „Die Wirtschaft ist... jener Teilbereich der Gesellschaft, in dem die geistigen und handelnden Inhalte — die Gesellschaftsziele — mit der kausalen Welt verbunden sind.“ (S. 64). Soweit die Mittel knapp sind, müssen sie „ausgewogen“ werden. „Der Inhalt der Ausgliederungsordnung ist bestimmt durch die grundsätzlichen Inhalte der Ausgliederung, nämlich durch die Teilinhalte oder Leistungsbereiche der Wirtschaft und durch einen Stufenbau. Ferner durch den Vorrang.“ (S. 71)

Aus diesen ganzheitlichen Prämissen folgert Heinrich die Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Besonders aktuell ist die sich aus der Ganzheitlichkeit des Wirtschaftsbegriffs ergebende Forderung, auch „schwächere Wirtschaftskräfte“ heranzuziehen und zu fördern. Eine Auffassung, die allerdings auch aus anderer prinzipieller Einstellung möglich ist. Wenn Heinrich schreibt: „Nur wenn Umgliederungsfolgen . . . wirklich kompensiert werden, ist es richtig, weniger ergiebige Wirtschaftsmittel zugunsten überlegener auszuschalten. Wo krisenhafte Auswirkungen jedoch nicht vermeidbar sind, wie fast immer und allenthalben in der wirklichen Wirtschaft, ist es richtiger, auch schwächere Wirtschaftskräfte heranzuziehen“ oder zu erhalten, so denkt man beim Lesen dieser Sätze unwillkürlich an das Problem der deutschen Kohlenwirtschaft oder auch der Landwirtschaft. Nach streng liberalistischer Theorie wäre es richtig, die schlechter produzierenden oder weniger rentierenden Betriebe stillzulegen, nach universalistischer Lehre sie, notfalls mit staatlichen Subventionen, zu erhalten, wenn dies zur Erhaltung der gesamtwirtschaftlichen Koordination als notwendig erschiene. Nur ein Beispiel für viele!

Gesamtwirtschaftliches Denken führt oft zu diametral der liberalen Marktwirtschaftstheorie entgegengesetzten, aber oft, wie im Rahmen der „Sozialen Marktwirtschaftslehre“, zu gleichen Schlußfolgerungen. Die heute — noch? — vorherrschende Wirtschaftstheorie ist ein pragmatisches Mischsystem individualistisch-universalistischer Theorie. Dieser Umstand macht das Buch besonders lesenswert für alle Politiker, Unternehmer, Gewerkschaftsfunktionäre; für alle, die von dem Schema ideologisch orientierter Wirtschaftspolitik loskommen müssen, wenn sie der Wirklichkeit gerecht werden wollen. Man braucht keine ständische Wirtschaft zu vertreten, um aus der „Wirtschaftspolitik“ Heinrichs viel an Einsicht in moderne Wirtschaftsprobleme zu gewinnen.

Dr. Franz Theunert

HANS APEL

OHNE BEGLEITER — 287 GESPRÄCHE JENSEITS DER ZONENGRENZE

Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1965. 200 S., brosch.
8,50 DM.

Hans Apel, ein in Deutschland geborener und aufgewachsener Wissenschaftler, der seit den braunen Tagen amerikanischer Staatsbürger ist, erhielt die seltene Gelegenheit, zweimal ohne jede „amtliche“ Begleitung durch die Zone zu fahren und insgesamt 287 Gespräche zu führen. Was er als Resümee aufgezeichnet hat, vermittelt einen anschaulichen Querschnitt durch die Meinungsvielfalt drüben. Die Menschen denken nämlich wesentlich differenzierter, als wir annehmen. Daß uns Apels Buch dieses Wissen vermittelt, macht seinen besonderen Wert aus. Es lehrt uns nachzudenken.

Wie tief die Kluft bereits ist, erhellt Apels Buch, dem wir entnehmen müssen, daß unser Bild der Welt auf der anderen Seite der Zonengrenze ebenso revisionsbedürftig ist wie jenes, das sich viele Menschen drüben vom Westen machen. Natürlich gibt es in der Bundesrepublik immerhin zutreffendere Kenntnisse der Situation in Mitteldeutschland als umgekehrt. Nichtsdestoweniger wird vieles, was bei uns zum sogenannten Standardwissen über Ulbrichts Herrschaftsbereich gehört, von einer Simplifizierung bestimmt, die den Realitäten längst nicht mehr gerecht wird.

Apel stieß nicht bloß auf die zufriedene Funktionärskategorie einerseits und die Masse derjenigen, die das Regime verabscheuen, andererseits. Sondern es gibt „eine Vielfalt von Gegensätzen und Schattierungen der Meinungen, die zu einem wahren Labyrinth werden, wenn man versucht, sie sinnvoll einzuordnen“. Trotz dieser verständlichen Schwierigkeiten

bringt Apel einige Übersicht in die Differenziertheit. Er unterscheidet Gläubige, Arrivierte, Versöhnte, Mitläufer, Zufriedene, Schwankende, Gegner, Unzufriedene und Bedrückte.

Für den Politiker und Publizisten wie überhaupt für jeden interessierten Staatsbürger sind die gesammelten Antworten der Zonenbewohner eine Fundgrube, die ausgeschöpft werden sollte. Immer wieder wird man beim Studium der 287 Gespräche feststellen müssen, daß die Menschen — trotz der notwendigen Differenzierung bei der Bestimmung ihres Standortes — den Westen mindestens zum Teil schablonenhaft sehen, ein Zeichen dafür, daß die seit nunmehr zwei Jahrzehnten rollende Propagandawalze und die fehlenden Vergleichsmöglichkeiten ihre Wirkungen getan haben. Oft klingt Resignation an. Man hat sich abgefunden: mit der Mauer, mit der Teilung, mit den täglichen Mängeln und dem Fehlen der persönlichen Freiheit. Stets von neuem muß Apel eine Beurteilung der Mauer notieren, die darauf hinausläuft: „Sie mußte ja kommen, wenn wir in der DDR nicht weitere Arbeitskräfte verlieren wollten“, wenn der „Abwerbung und dem Ausverkauf“ Einhalt geboten werden sollte. Nicht minder bemerkenswert ist, daß auch Gegner, Zweifelnde und Unzufriedene dem Sozialismus Ulbrichtscher Prägung gute Züge abgewonnen haben. „Der Sozialismus hat auch sein Gutes“ — das wurde wiederholt gesagt. Sogar die Gegner räumen ein: „Die sozialen Maßnahmen sind in Ordnung.“ Junge Menschen wiederum suchen Ideale und finden sie auch im Westen nicht.

Viele der Befragten sehen die Frontstellung nicht so wie wir, also nicht den Totalitarismus des Ostens und die demokratische Freiheit des Westens. Sie konfrontieren einfach Sozialismus und Kapitalismus, Antifaschismus und Faschismus. Diese, dem SED-Regime sympathische, völlig falsche Problemstellung erschwert natürlich das Gespräch, aber es ist gut zu wissen, daß wir mit solchen Kategorien zu rechnen haben.

Gewiß erhebt sich bei allen eingeholten Antworten die Frage, ob denn die Aussagen jenen Wert haben, den wir im Westen derartigen Recherchen beimessen. Solche Zweifel sind durchaus berechtigt. Auch Apel ist sich darüber im klaren. Doch er hat nicht den Eindruck gewonnen, daß die Menschen im Gespräch ausschließlich von Angst und Skepsis beherrscht sind, wenn der Gesprächspartner ein Besucher aus dem Westen ist. Einige Reaktionen freilich beweisen, daß die Furcht als täglicher Begleiter drüben noch keineswegs gebannt ist: ein paar von Apel angesprochene DDR-Bewohner gaben zu verstehen, daß er von ihnen nichts erfahren werde. Dennoch meint Apel, daß seinen Erkundungen eine nicht unerhebliche Bedeutung als Querschnitt durch das Meinungsgefälle zukomme.

Die Menschen in der Zone sind mißtrauisch,

sie zweifeln an vielem, wenn nicht an allem. Zu einem großen Teil scheinen sie davon überzeugt zu sein, daß weder im Osten noch im Westen die ganze Wahrheit gesagt wird. Dies hörte Apel wiederholt. Man wird sich damit auseinandersetzen müssen. Der Autor, jedenfalls kommt bei einer Bilanz zu der Schlußfolgerung, daß „keinem damit gedient sein kann, an Vorstellungen festzuhalten, die einst durchaus zutreffend und berechtigt gewesen sein mögen, die aber inzwischen zu Klischees geworden sind, die einer neuen Wirklichkeit nicht mehr entsprechen, einer Wirklichkeit, die in vielem gar nicht neu, sondern nichts anderes als Gewöhnung in Unvermeidliches, ein Sich-Einrichten in veränderten Verhältnissen ist“.

Diesen schwerwiegenden Satz sollten wir überdenken und unsere Haltung daraufhin überprüfen. Das Buch regt dazu an. Es wäre schade, wenn wir diese Anregung ungenutzt ließen.
Helmut Bauer

UNSERE WELT 1985

Band IV der Reihe „Modelle für eine neue Welt“, herausgegeben von Robert Jungk und Hans Josef Mundt. Verlag Kurt Desch, München 1965. 461 S., Ln. 28 DM.

Mit dem vierten Band der Reihe „Modelle für eine neue Welt“ sind die Herausgeber von dem Aufbau der bisherigen Bände sichtlich abgewichen. Vereinigten die ersten drei Bände längere Aufsätze und Studien, die den verschiedensten aus unserer Gegenwart in die Zukunft hinüberreichenden Problemen gewidmet waren, so werden diesmal 100 kürzere, selten vier Druckseiten übersteigende, Beiträge von Wissenschaftlern, Ingenieuren und anderen Fachleuten präsentiert, die fast alle aus der besonderen Sicht ihrer engeren Arbeitsgebiete heraus sagen, wie sie sich die Welt in zwanzig Jahren vorstellen, bzw. welche Entwicklung in ihrem eigentlichen Forschungs- und Tätigkeitsbereich zu erwarten ist. Alle diese Aufsätze sind der englischen Zeitschrift *New Scientist* entnommen, deren Redakteur *Nigel Calder* selbst mit einer bemerkenswerten Übersicht in Tabellenform über die Gesamtheit der Äußerungen seiner Mitarbeiter vertreten ist.

Diese Übernahme der Aufsätze aus einer englischen Zeitschrift mag mit dafür verantwortlich sein, daß bei der Auswahl der Mitarbeiter das angelsächsische Element stark überwiegt. Immerhin befinden sich unter den Autoren mehrere Franzosen und Repräsentanten überseeischer Völker, aber — von den Herausgebern und dem in den USA wirkenden *Wernher von Braun* abgesehen — kein Deutscher oder sonstiger Mitteleuropäer, kein Autor aus der slawischen Welt, obwohl die Sowjetgelehrten etwa bezüglich der Weltraum-

forschung, Elektronik, der Entwicklung medizinischer Operationstechniken wohl auch einiges zu sagen hätten.

Es ist an dieser Stelle natürlich nicht möglich, auf alle Einzelbeiträge dieses Buches einzugehen, von denen auch einige lediglich fachwissenschaftliches Interesse beanspruchen. Ob z. B. Milchstraßensysteme, die Tausende von Milliarden Lichtjahren von uns entfernt sind, in zwanzig Jahren von uns genauer beobachtet werden können oder nicht, das dürfte der großen Mehrzahl der Menschen recht gleichgültig sein. So beschränken wir uns lieber auf den Hinweis auf einige zusammenfassende Aufsätze.

Dr. Anne. Mc Laren stellt in ihrem Beitrag die pessimistischen und optimistischen Stimmen einander gegenüber und kommt bei dieser Bilanzaufstellung zu einem leicht optimistischen Saldo, denn alle maßgebenden Fachleute stellen fest, daß die Welt über genügend Vorräte und Hilfsquellen aller Art verfügt, um die gesamte Menschheit vor Armut, Krankheit und frühem Tod zu bewahren. Verschiedene Autoren bezweifeln allerdings, daß sich die Entwicklungsvölker in zwanzig Jahren schon dem Lebensstandard in den Industrieländern von heute angenähert haben, ja einige nehmen sogar an, daß der Abstand zwischen beiden noch größer sein wird. Die Mehrzahl der in dem Buch vertretenen Wirtschaftswissenschaftler ist der Auffassung, daß die konkurrenzfreie Marktwirtschaft immer mehr einer nationalen und internationalen wissenschaftlich fundierten Gesamtplanung weichen müssen. Aber in einem bleiben eigentlich alle Autoren merkwürdig still: wie nämlich die regierenden Staatsmänner und die breiten Massen dazu gebracht werden sollen, die Notwendigkeiten der Entwicklung zu erkennen und sich ihnen nicht nur resigniert zu fügen, sondern mit Elan und Initiative an der rechtzeitigen Schaffung der für das Weiterleben überhaupt und erst recht für den Wohlstand der Menschheit unerläßlichen Einrichtungen zu arbeiten und ihre Verhaltensweisen dementsprechend anzupassen. Ein pakistanischer Gelehrter hofft in diesem Zusammenhang lediglich auf einen neuen Messias, was uns eine doch nicht ganz wissenschaftliche Einstellung zu sein scheint, und eine englische Professorin verlangt mit Recht eine von jeder religiösen Dogmatik unabhängige weltliche Ethik, läßt aber offen, wie wir dazu gelangen sollen.

Ungeachtet dieser Lücke, die vielleicht spätere Bände der Buchreihe schließen werden, ist das Studium dieser wertvollen Publikation sehr zu empfehlen, denn die Ausblicke, die sie bietet, helfen uns, ein Bild von den „kommenden Dingen“ zu gewinnen und erleichtern uns, unsere Arbeit und unser Leben auf sie auszurichten.

Walter Gyssling

GEORGE F. KENNAH

VOM UMGANG MIT DER KOMMUNISTISCHEN WELT

Steingrüben Verlag GmbH, Stuttgart 1965. 75 S., brosch.
5,80 DM.

George F. Kennan, Politiker und Wissenschaftler, war zweimal als Diplomat in einem kommunistisch regierten Land tätig, als US-Botschafter in Moskau und bis Ende 1963 als Botschafter in Belgrad. Er ist seit seiner Rückkehr in die USA wieder Professor für Geschichte an der Princeton Universität.

Die vorliegenden drei Vorträge hielt er 1963/1964 vor einem konservativen Auditorium, dem Council on Foreign Relations. „Was mich am tiefsten beunruhigte“, schreibt er im Vorwort zur Buchausgabe, „war der Eindruck, weite Kreise unserer Öffentlichkeit hatten nicht erkannt, daß die Grundsatzfragen unserer Beziehungen zu kommunistischen Ländern, sofern sie überhaupt wesensbedingt waren, zum größten Teil nicht neu waren, daß sie sich nacheinander den Regierungen von Woodrow Wilson bis Franklin D. Roosevelt gestellt hatten und daß es bestimmte Grundlehren gab, die damals im Experimentieren und in öffentlicher Diskussion gelehrt worden waren — Grundlehren, die auf unsere jetzigen Sorgen anwendbar wären und, wenn nur beachtet, die laufenden politischen Debatten vereinfachen und klären könnten. Vorzüglich in der Absicht, bestimmte dieser Lehren aufzufrischen, sind die Vorträge verfaßt worden.“

In „Grundlagen der Koexistenz“ weist er z. B. auf die Lehre der erfolglosen Interventionskriege der westlichen Staaten nach der russischen Oktoberrevolution hin, als das Sowjetregime noch relativ schwach war. Heute hingegen, argumentiert Kennan, haben es die USA und Westeuropa mit einem System zu tun, das sich in vielen außen- und innenpolitischen Kämpfen gefestigt hat. Es besitzt eine politisch erfahrene, den Staatsapparat fest in der Hand haltende Führungsschicht und es gibt keinerlei einflußreiche Opposition im Lande, so daß es unreal wäre, eine dem Westen freundlich gesinnte Regierung anders als über eine Politik der Verständigung gewinnen zu können.

Der zweite Vortrag beschäftigt sich mit dem „Ost-West-Handel“. Kennan sagt, daß der Handel mit der UdSSR und den sogenannten Satelliten weder für diese noch für die USA lebenswichtig sei. Die Frage ist nur, „ob man nämlich die kommunistischen Länder ermutigen will, für ihre wirtschaftlichen Probleme unabhängige Lösungen zu suchen, oder ob man will, daß sie diese Lösungen ausschließlich von Moskau erwarten“. Wie das jugoslawische Beispiel beweist, wollen sie allerdings eines nicht:

„kapitalistisch“ werden. Das gelte es zu akzeptieren.

In „Polyzentrismus und westliche Politik“ behandelt Kennan die möglichen Konsequenzen, die der Westen aus den Gegensätzen im Weltkommunismus — vor allem zwischen der UdSSR, China und Jugoslawien — ziehen könnte. Auch hier weist er auf den Weg der Verständigung, des Verständnisses. „Es ist lehrreich“, sagt er, „darüber nachzudenken, daß genau der Zug im jugoslawischen Verhalten, den so viele Amerikaner heute unverzeihlich finden, daß die Jugoslawen nämlich nicht sozusagen ‚kapitalistisch‘ wurden, sondern als marxistisch-sozialistischer Staat weitermachten, daß genau der Zug sich in seiner Wirkung auf die Blockeinheit mehr denn irgend etwas anderes als sprengender Faktor erwies.“

Die kurzen Abhandlungen bieten in ihrer sehr differenzierten und überlegten Betrachtungsweise eine Fülle von Aspekten des west-östlichen Verhältnisses. Das Verhältnis Westdeutschlands zum Osten, das eine Belastung für die westliche Politik ist, die Rolle der EWG oder Italiens werden einprägsam erläutert und beurteilt. Mehr denn je muß man bedauern, daß der jetzige amerikanische Präsident auf den Rat dieses Mannes verzichtet hat.

Annemarie Zimmermann

GYOERGY SEBESTYÉN

FLÖTENSPIELER UND PHANTOME

Eine Reise durch das Tauwetter. Verlag Kurt Desch, Basel 1965. 290 S., Ln. 19,50 DM.

Der Verfasser, ein 1956 aus Ungarn emigrierter, heute in Wien lebender Schriftsteller, hat 1964 eine Reise durch die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und Albanien unternommen, um zu untersuchen, wie es in den einzelnen Ländern mit dem „Tauwetter“, also mit der Lockerung des stalinistisch erstarrten Regimes steht. Ein nicht leichtes Unterfangen, das durch die Verpflichtung zu einem abschließenden, vergleichenden Bericht keineswegs einfacher wird.

Sebestyen zieht sich nun allerdings damit aus der Affäre, daß er seine Studien um die Untersuchung über das Problem zentriert, inwieweit moderne westliche Tendenzen in die Literatur und Kunst dieser Länder eingedrungen sind, ob dort avantgardistisches Theater gespielt, surrealistische Gedichte publiziert und nonfigurative Bilder nicht nur in der Stille des Ateliers gemalt, sondern auch öffentlich ausgestellt werden können. An solchen Erscheinungen wird vom Autor die gesellschaft-

liche Temperatur der einzelnen Länder sorgfältig gemessen, samt ihren Schwankungen, und es ergibt sich, daß mit Ausnahme Albaniens überall die kulturelle Auflockerung weiter gediehen ist, als sich das manche Kreise in Westeuropa vorstellen. Wen das literarische und künstlerische Schaffen in den genannten Ländern interessiert, der wird in dem Buch eine Fülle von beachtlichem Material finden.

Ob sich damit ein verlässlicher Maßstab für den erreichten Grad des „Tauwetters“ ergibt, muß aber doch wohl bezweifelt werden. Zwar ist die Auflockerung, welche die Ära *Chruschtschew* mit sich brachte, überall zuerst und am spürbarsten in der größeren Toleranz der Staatsorgane und bürokratischen Apparate gegenüber dem von der Linie des „sozialistischen Realismus“ abweichenden künstlerischen Schaffen in Erscheinung getreten. Und doch sind all diese Gespräche des Autors in literarischen Zirkeln der besuchten Hauptstädte, die sich zudem stets mit so reichlichem Alkoholgenuß verbanden, daß Sebestyen die Berichterstattung darüber schließlich selbst peinlich wird, wirklich für die Entwicklung typisch? Uns erscheint das nicht so.

Die Wiederherstellung rechtlich besser geordneter Zustände, die Humanisierung der Strafjustiz, die Hebung des Lebensstandards, die wachsende Freizügigkeit der Bevölkerung, die Lockerungen im Außenhandel —, all das dürfte die breiten Massen der von Sebestyen besuchten Länder doch nachhaltiger berühren als die Ausbreitung des selbst im Westen nicht allorts mit Begeisterung aufgenommenen künstlerischen Modernismus. Von all dem aber findet sich recht wenig in dem Buch. Nur aus Albanien, der stalinistischen Oase auf dem Balkan, wo noch die „Phantome“ (darunter versteht der Autor die stalinistischen Bürokraten) herrschen, werden einige präzise Ziffern über den niedrigen Lebensstandard gegeben. Die Kapitel über Ungarn sind mit einer menschlich verständlichen Emotivität geladen und wohl gerade deshalb die farbigsten. Immerhin hat der Rezensent selbst 1964 Budapest besucht und dort andere aufschlußreichere Kennzeichen der Auflockerung festgestellt als die Wiederzulassung von Hurenkneipen und die von Sebestyen ausführlich wiedergegebenen Ansichten der dort beruflich tätigen „Damen“.

So bleibt in dem Reisebericht über das rein literarische hinausreichend und neben vielen, sicher treffenden, aber wohl doch noch kehl vollkommenes Bild liefernden Anekdoten als Wertvollstes das lange Gespräch mit einem anonym bleibenden rumänischen Ingenieur, in dem thesenhaft die Grundzüge der neuen, sich bildenden Gesellschaft, ihre soziologischen Gesetzmäßigkeiten und die von der materiellen Entwicklung erzwungene funktionelle Angleichung der westlichen und östlichen Lebensstile aufgezeigt werden. *Walter Gysling*

FRITZ OTTEL

UNTERGANG ODER METAMORPHOSE
DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Verlag Gustav Fischer, Stuttgart 1963. 122 S., kart. 14 DM.

In einem schmalen Bändchen unternimmt es der Aachener Professor Dr. Fritz Ottel, eine ganze Reihe von Wirtschaftstheoretikern anzugreifen, die die Wirklichkeit nach Otteis Meinung „durch die Brille eines vorgebildeten theoretischen Modells“ sehen.

Ottel setzt sich sowohl mit der neoliberalen Konzeption der „Freiburger Schule“ auseinander als auch mit der „Wirtschaftsdemokratie“, die er als das erklärte Modell gewerkschaftlicher Wirtschaftstheorie ansieht. Die Tatsache, daß das Programm der „Wirtschaftsdemokratie“ bereits im Jahre 1928 vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht worden war, umschifft Ottel mit dem lapidaren Satz: „Programm und Taktik der Wirtschaftsdemokratie haben durch das Vierteljahrhundert, das seit dem Entwurf des Programms ungefähr verstrichen ist, nichts an Aktualität eingebüßt.“ (S. 23/24) Um es noch zu bekräftigen, zitiert er einen Vortrag von Professor *Hans Bayer* aus dem Jahre 1958, in dessen Titel das Wort „Wirtschaftsdemokratie“ vorkommt.

Otteis Angriff ist klar formuliert. Er sieht die soziale Marktwirtschaft, die für ihn im Prinzip die einzig demokratische und eigentlich nicht überwindbare Wirtschaftsform darstellt, bedroht vom liberalistischen Modell der Freiburger Schule, die bestrebt sei, „die bestehende Wirtschaftsordnung radikal und endgültig zu verändern“. Ebenso sieht er die soziale Marktwirtschaft dem Untergang geweiht, wenn die „Programme der Sozialisten verschiedener Prägung“ zum Zuge kämen. Daher empfiehlt er die Metamorphose nach eigenem Rezept: „Erstes Gebot für eine freiheitliche und demokratische Wirtschaftsordnung müßte es... sein, daß verschiedenen Möglichkeiten Raum gegeben wird. Unternehmerwirtschaft, Genossenschaften und öffentliche Betriebe haben nebeneinander ihre Lebensberechtigung und sollen untereinander im Wettbewerb stehen. Dagegen sind alle politischen Maßnahmen zu verurteilen, welche die bestehenden Lebensformen der Wirtschaft durch obrigkeitliche Gewalt und sonstige Machtanwendung beseitigen wollen.“ (S. 82) Die Quintessenz lautet „Gemeinschaftswirtschaft, nicht Gemeinwirtschaft“, und mit diesem Schlagwort versucht er auszudrücken, daß innerhalb unseres heutigen pluralistischen sozialen Systems die einzelnen großen und kleinen Wirtschaftskräfte erhalten bleiben und nach den ihnen eigenen Gesetzen die Wirtschaft mitgestalten sollten.

Für diese durchaus nicht ohne Modell und ohne eine philosophische Gesellschaftsschau zustande gekommene Theorie bemüht er sogar *Hegel*, und nachdem er zunächst allen „Modelldenkern“ vorgeworfen hatte, sie könnten gar nicht der Buntheit der Wirklichkeit gerecht werden, muß er schließlich selbst diesem Vorwurf erliegen: Die Forderung nach der „Mitgestaltung der Wirtschaft durch die Unternehmungen“ setzt ein Gesellschaftsmodell voraus, für das in der Wirtschaftswirklichkeit und in den vorherrschenden ökonomischen Verhaltensweisen heute nur geringe Voraussetzungen bestehen.

Den umfassenden Angriffen Otteis wird die Kürze des Textes nicht gerecht. So greift er zu entstellenden Vereinfachungen, wenn er z. B. vom „Finanzschwindler“ *John Law* oder von „experimentlustigen Sozialingenieuren“ spricht (S. 55), wenn er Wirtschaftssubjekte unkritisch durch die Brille *Le Bonscher* Massenpsychologie betrachtet oder wenn er, offenbar ohne Kenntnis soziologischer Hintergründe, vom „organisationswütigen Zeitalter“ spricht.

Der Rezensent hatte den Eindruck, daß ein guter Teil der Angriffe ins Leere geht, weil weder die „Freiburger Schule“ noch die Wirtschaftstheorie der Gewerkschaften auf eine so einfache Formel zu bringen sind, wie sie Ottel zeichnete, und daß die vom Verfasser angebotene „Metamorphose“ mit ihrem anspruchsvollen wirtschaftstheoretischen und soziologischen Ansatz nicht genügend fundiert ist.
Dr. Reinmar Cunis

WILHELM MÜHLMANN

RASSEN, ETHNIEN, KULTUREN

Moderne Ethnologie. Soziologische Texte, Band 24. Luchterhand Verlag, Neuwied am Rhein und Berlin 1964. 398 S., Studienausgabe 14 DM.

Nach Mühlmann ging die Ethnographie „aus dem Kuriositätsinteresse an fernen, entlegenen Ländern, ihren andersartigen, andersrasigen Menschen, mit ihren völlig anderen Daseinsformen“ hervor (S. 15). Wie alle Wissenschaften vom Menschen bietet sie einander entgegengesetzten Bestrebungen ein weites Kampf- und Tummelfeld. Drei Tendenzen vor allem sind hier am Werk: „Einerseits die Barbarenverachtung, andererseits die Tendenz zur Idealisierung und das Suchen nach der ‚reinen Natur‘ des Menschen, nach den unverbildeten Naturzuständen, und drittens die realistische Erforschung und Erhellung der Gegebenheiten ...“ (S. 18).

Mühlmann will die dritte Tendenz fördern. Offenbar befürwortet er die Zusammenarbeit der kulturhistorischen und der soziologischen Richtung in der Soziologie. Viel stärker „soll-

ten wir eine Kultur im Spiegel der anderen sehen und die ‚wiederholten Spiegelungen‘ (*Goethe*) als Methode ausbauen“ (S. 42). *Diltheys* Prinzip der „wechselseitigen Erhellung“ hält er für einen fruchtbaren methodischen Grundsatz. Aus den kultursoziologischen Bemühungen von *Karl Marx*, *Max Weber*, *Ernst Troeltsch* u. a. sollten wir lernen, was wir selbst als Angehörige der europäischen Kultur sind (S. 37). Solche und ähnliche Thesen kann man im ersten Abschnitt, der in Gegenstand und Geschichte der Ethnologie einführt, lesen. Leider wird auch hier die unter deutschen Bildungsbürgern verbreitete Ansicht vertreten, die Aufklärung hätte den Menschen als abstraktes Vernunftwesen betrachtet (S. 39). Das trifft aber nicht für alle Aufklärer zu. Besonders *Helvetius* und *Holback* waren da anderer Ansicht.

Es folgen interessante Ausführungen zum Rassenbegriff, über Rassenmischung und rasenpsychologische Fehldeutungen. Wieweit sie ein verschämter Versuch sind, eigene Vergangenheit aufzuarbeiten — Mühlmann soll in früheren Veröffentlichungen den Nazis Zugehörigkeit gemacht haben —, kann ich nicht beurteilen. Der vorliegende Beitrag zur Rassenlehre wäre durchaus geeignet, eine ganze Reihe rassistischer Vorurteile zu widerlegen, gehörte es nicht zum Charakter des Vorurteils, für Argumente unzugänglich zu sein.

Für wichtig halte ich die Arbeit über „Herrschaft und Staat. Eine Untersuchung der Überlagerungstheorie“ (S. 248 ff.). Mit guten Gründen wird hier die von *Gumplowicz*, *Ratzel*, *Oppenheimer* und *Rüstow* vertretene These zurückgeschoben, nach der die Staatsbildung aus der Unterwerfung von Bauernvölkern durch Hirtenvölkern hervorgegangen sei (S. 259 f.). In diesem Zusammenhang verdient auch Mühlmanns Kritik an der Hunnenüberlieferung in der europäischen Geschichtslgende Beachtung. Er wendet sich gegen die Gleichsetzung von *Attila* und *Dschingiskhan*; der Unterschied zwischen ihnen sei nicht nur einer ihrer Privatcharaktere, bringe vielmehr auch je einen anderen Kulturtypus zum Ausdruck (S. 287 ff.). Mühlmann beurteilt *Attila* günstiger als sonst üblich. *Attila* sei wohl als Eroberer brutal, als Sieger aber maßvoll gewesen, entgegen der kirchlichen Legende, die ihn als *virga furoris Dei* und *flageilum Dei* hinstelle. Daß seine Vasallenpolitik erfolgreich gewesen sei, werde „noch im Nachhall der germanischen Heldensage hörbar, in der *Attila* als Heldenvater und Völkerhirt gezeichnet wird“ (S. 288).

Mehr spekulativen als wissenschaftlichen Charakter haben seine Gedanken über das „Mythologum von der verkehrten Welt“. Der dialektische Materialismus sei die moderne Ausgestaltung eines gnostischen Dualismus: „Hatte der alte Dualismus der Manichäer und Neomanichäer die Materie zum bösen Welt-

prinzip gemacht, so stellt sich der moderne Dualismus als bewußt praktizierte Verkehrung der Weltordnung dar: die Materie, das einstmals böse Prinzip, ist nunmehr vergöttlicht“ (S. 357). Ob Mühlmann ausreichend zwischen dialektischem und historischem Materialismus differenziert, wird an dieser Stelle nicht ersichtlich. Angesichts der Tatsache, daß beide Richtungen nicht nur von Laien verwechselt und gleichgesetzt werden, wäre eine klärende Bemerkung angebracht.

Insgesamt bieten die in dem vorliegenden Band vereinten Arbeiten Mühlmanns aufschlußreiche Einblicke in ethnologische Problemstellungen und Lösungsversuche.

Dr. Wilfried Gottschalch

KARL BEDNARIK DIE PROGRAMMIERER

Eliten der Automation. Verlag Fritz Molden, Wien-München 1965. 207 S., Ln. 16,40 DM.

Der Titel, den Karl Bednarik seiner soziologischen Studie über Automation und Kybernetik gegeben hat, ist irreführend. Denn obwohl der Verfasser ausgiebig über die Programmierer allgemein meditiert und sie zur „Elite“ der Automation ernennt, sieht er sich doch im Verlaufe seiner Untersuchungen dazu gezwungen, den Begriff des Programmierers derart einzuengen, daß schließlich bloß noch die Kybernetiker übrigbleiben, auf die er zutrifft. Von den eigentlichen Kybernetikern ist aber so ausführlich nicht die Rede.

Im Hauptteil des Buches befaßt sich Bednarik vielmehr vor allem mit der Büroautomation und ihren soziologischen Aspekten. Hier hat Bednarik mit einigem Geschick Materialien zusammengestellt, die dem Laien einen verständlichen Einblick in die Zukunft, die schon begonnen hat, vermitteln können. Zu loben ist, daß der Verfasser die neuerlich wieder in Mode gekommene Maschinenstürmerei — man denke an den von Godard inszenierten *Eddi-Constantin-Feldzug* mit *Colt* und *Küssen* wider *Alpha 60* — nicht mitmacht und durchaus die Chancen erkennt und anerkennt, die im technischen Fortschritt liegen. Zutreffend weist er auf das soziale Verantwortungsbewußtsein der führenden Kybernetiker hin und darauf, daß mit dem zentralen kybernetischen Begriff der Rückkoppelung (der Rückinformation) erstmals auch eine rationale Begründung für die Demokratie gegeben ist — von den Möglichkeiten, den allgemeinen Wohlstand zu heben, einmal ganz abgesehen.

Leider hat Bednarik jedoch vielfach Sekundärliteratur bei der Erarbeitung seines Buches verwendet. Das Kybernetik-Standardwerk in deutscher Sprache beispielsweise, Steinbuchs „Automation und Mensch“, blieb unbe-

rücksichtigt. Vom DDR-Ideologen Georg Klaus zitiert er einen Zeitschriftenaufsatz aus dem obskuren „Periodikum“, nicht aber sein Buch „Kybernetik in philosophischer Sicht“. Auch die Veröffentlichungen der IG Metall zu Fragen der Automation scheint Bednarik nicht zu kennen, denn sonst könnte er nicht zu dem katastrophalen Fehlurteil kommen, daß auch Gewerkschaftsvertreter meist eine negative Einstellung zur Automation hätten. Bislang sind es in der Bundesrepublik nahezu ausschließlich gerade die Gewerkschaften, die sich ernsthaft und fundiert mit den sozialen und soziologischen Problemen der Automation auseinandersetzen.

Trotz dieser Mängel, die einen des Buches nicht recht froh werden lassen, überwiegen doch wohl die Positiva. Wer von Automation und Kybernetik bislang noch keinen Schimmer hatte, dem mag diese Veröffentlichung als Einführungslektüre gute Dienste leisten. Keinesfalls aber sollte man es dabei bewenden lassen. Bednarik als Grundkurs bedarf unbedingt ergänzender Lektüre.

Günther Heyder

GIOVANNI CASANOVA DAS GESPRÄCH ZWISCHEN KIRCHE UND WELT

Die Evolution des Katholizismus. Europa Verlag, Wien
1965. 136 S., Paperback 10,50 DM.

Der austro-italienische Gelehrte Giovanni Casanova teilt die Menschheit wertend — so ziemlich das gefährlichste Spiel, das man historisch-theologisch betreiben kann! — in eine Pyramide ein: Fundament aller Vollkommenheit sind die Katholiken (wogegen sich der katholische Rezensent mit Entschiedenheit wehrt), dann folgen die Orthodoxen, die Protestanten, die Juden, die Moslems, die Theisten, die Polytheisten und Pantheisten, die Atheisten und, als minimales Nichts der Pyramidenspitze, die Skeptiker. Wahrlich ein Durcheinander von Religionen und privaten Seelenhaltungen.

Dies alles ist als Einleitung zu einer Untersuchung interkonfessioneller Gesprächsmöglichkeiten gedacht. „Sogar ein Nichtkatholik müßte der Ernsthaftigkeit dieser Einteilung zustimmen.“ Wirklich? Aber zu rechten ist nicht möglich, denn der bescheidene Verfasser hat bereits dekretiert: „Der Objektivität wurde keine Gewalt angetan.“ Dabei lautet der Hinweis des Verlages: „Die Bücher dieser Reihe sind nicht für den literarischen Durchschnittskonsumenten bestimmt, der nur oberflächlich liest und voreilig Urteile fällt.“ Wer fällt hier eigentlich voreilig Urteile?

Die imaginären Gesprächspartner betreten das Podium also bereits mit präfixierter Note ihres zeitgenössischen Weltenrichters Casanova,

der endlich einmal zeigt, wie einfach im Grunde alles ist. Was der Autor nach dem Aufmarsch seiner weltanschaulichen Zinnsoldaten noch an geistigen Ergebnissen erwartet, verrät er nicht.

Da heißt es z. B. über die Gläubigen der Orthodoxie: „Ihre schätzenswerte Treue alten Konzilien und Traditionen gegenüber verleiht ihnen eine ziemlich statische Haltung.“ Weist die katholische Kirche nicht mit dogmatischer Insistenz immer wieder auf die Tradition hin? Im Eintopf des Pantheismus versinken, laut Casanova, in buntem Durcheinander Scotus Eriugena, Meister Eckart, Giordano Bruno, Spinoza, Schleiermacher, Emerson, Bergson, die Theosophen und die Ethische Gesellschaft. Von den Mohammedanern heißt es: „Ihr Moralkodex steht unter dem des Christentums, insofern er die Polygamie und den Heiligen Krieg gutheißt und Religion mit Politik vermengt. Sie glauben an die Unsterblichkeit, aber an eine von einer gewissermaßen rohen Art.“ Letzteres dürfte auf die Prosa des Autors und seine entsetzlichen Simplifikationen weit eher zutreffen. Wir fragen, schüchtern, wie es mit den „heiligen“ Kriegen steht, die von Päpsten und „christlichen“ Staatsoberhäuptern inszeniert worden sind, und wie sich die Vermengung von „Religion mit Politik“ im Laufe der Kirchengeschichte, die der Autor geflissentlich übersieht, ausgewirkt hat. Allzu leicht darf man das Widerlegen nicht machen.

Durch die ganze Schrift zieht sich die Vorstellung („wundervolle Position“, „wunderbare Stellung“) der Katholiken einerseits, der übrigen Menschheit andererseits — eine Vorstellung, die der *Johannes' XXIII.* diametral entgegengesetzt ist und die ein Ausgangspunkt für alles Mögliche, nur nicht für den Dialog ist.

Wenn Casanova vom Katholiken sagt: „feurige Wißbegierde für die verschiedenen Wege, die Nichtkatholiken im Laufe ihrer Entwicklung beschreiten“; „ . . . höchste Achtung für den Nichtkatholiken und respektiert seine Freiheit und seine Vernunft“; so beweist nicht nur die Kirchengeschichte das Gegenteil solcher naiven Theorien. Wir wollen zugunsten des Verfassers unterstellen, daß er die Geschichte nicht kennt, denn sonst müßten wir ihn bewußter Verdrehung der Tatsachen bezichtigen, was wir unterlassen wollen. Und ein Satz wie dieser „ . . . ist es für den Nichtkatholiken natürlich, dem Katholiken gegenüber eine aggressive Haltung einzunehmen, wie es für einen Katholiken eher natürlich ist, sich defensiv zu verhalten“, so ist dies nichts als eine Unwahrhaftigkeit, die gleichfalls dem Dialog im Wege steht.

Für Casanovas Denken, weit entfernt, ein Durch-Denken der unglaublich komplizierten Problematik des Dialogs zu sein, ist es so, daß der Katholik der restlichen Welt eine unver-

diente Gnade erweist, wenn er mit ihm redet — und durch das Ganze ziehen sich eine kaum noch erträgliche Proselytenmacherei und ein geistiger Hochmut, der jeden Nichtkatholiken von Anfang an vor den Kopf stoßen muß. Wie anders hat Papst Johannes geredet, wie anders redet Kardinal *Bea*, reden die bedeutendsten Häupter des Konzils!

„Gespräch“ bedeutet für Casanova — auch das erhärtet jeder Satz — ein submissstes Hinnehmen katholischer Belehrung und der überlegenen katholischen Strategie und Taktik. Kein denkender Katholik kann anders, als darin einen Rückschritt erblicken, eine oft beispiellose Taktlosigkeit. Einen größeren Bären-dienst konnte der Bereitschaft zum Dialog kaum erwiesen werden.

Und wer da liest, die „Beschützung der von den Deutschen verfolgten Juden durch *Pius XII.* und auch der nichtkatholischen und nichtchristlichen religiösen Führern bereitete freundliche Empfang durch Johannes XXIII. und *Paul VI.*“ seien ein „gutes Beispiel *positiver katholischer Toleranz*“, dem verschlägt es die Luft. Was Pius XII. getan hat, war keine Toleranz, sondern eine christlich-priesterliche Selbstverständlichkeit, und die Empfänge der beiden folgenden Päpste waren Selbstverständlichkeiten von Souveränen, wozu allerdings bei Papst Johannes jedesmal die Entfaltung des immer gegenwärtigen Charismas seiner Persönlichkeit anderen gegenüber kam. Was kann der Leser angesichts derartiger Begriffsverwirrungen anderes tun, als kapitulieren?

„Ich kann mir vorstellen, daß einige katholische Leser die vorhergegangenen Seiten sehr naiv gefunden haben.“ Allerdings — und hoffentlich sehr viele!

Auf eine Wesensbestimmung des Dialogs, der z. B. mit den katholischen Nonkonformisten noch nicht einmal im Ansatz versucht worden ist, warten wir noch immer. Von der Pyramide Casanovas kann man allenfalls abrutschen. *Dr. Hans Kühner*

JOSEF LUITPOLD GENIUS DES STANDHAFTEN HERZENS

Band III des Gesamtwerks »Das Sternbild“. Europa Verlag, Wien 1965. 456 S., Ln. 24,50 DM.

Nun erschien bereits der 3. Band mit Arbeiten Josef Luitpolds, der das Hauptwerk des Dichters enthält: seine Bühnenstücke und die sozialen Balladen, die unter der Leitzeile „Die Rückkehr des Prometheus“ inzwischen auf über 140 angewachsen sind. Jahrzehntlang hat Luitpold an der Wiedergeburt der sozialen Ballade gearbeitet, und von Buchausgabe zu Buchausgabe wurde diese Sammlung umfangreicher und überzeugender. Diese Bal-

laden beginnen mit Ereignissen und Personen um die Zeitenwende, über viele Kulturkreise und über die Jahrhunderte hinweg berichten sie von ungewöhnlichen Menschen. Die letzten Strophen sind einem Kind von Wien gewidmet, das 1940 den Deutschen Gruß verweigerte, und Kindern in Korea und Südvietnam. Diese Balladen verschmähen die Feldherren und Helden, sie erzählen von schlichten Menschen, wie dem Amselfelder Mädchen, das am Morgen nach der Schlacht vom 29. Juni 1389 mit Brot und Wasserkrug den Verwundeten Hilfe bringt. Was zählt dagegen die Tat des Generals? „Murat, Lasar, oh, sie sind vergessen. / Was ist Milosch uns und was Topliza? / Fahnen, Namen, alles ist versunken. / Aber auf der zauberischen Brücke, / die sich die Jahrtausende gespannt / schreitet mit den Krügen, mit den Broten / immer noch das Amselfelder Mädchen.“

Oder da ist der Soldat Leclair, der dem Peloton zugeteilt wird, das 1871 Mitglieder der Pariser Commune hinrichten soll. Mit dem Ruf „Vive la commune!“ opfert er sich, statt auf seine Landsleute zu schießen.

Diese Gedichte singen den „Ruhm der Negerühmten“ (wie es der Dichter selbst bezeichnet), sie zeigen einfache und doch große Menschen, die standhaft blieben im Angesicht des Terrors, des Hasses, der Verlorenheit. Wie gut, daß diese Schicksale, diese Ereignisse in der Dichtung festgehalten wurden und mit ihr auf die Nachwelt übergehen werden! Mögen diese Beispiele der Menschlichkeit viele Herzen bewegen, die Menschen läutern und wandeln!

Eine der Balladen ist *Die Riesin*:

Sie fingen ein die Freiheit.
Sie stachen,
sie erschlugen sie.
Sie sargten sie.
Sie trugen sie zu Grabe.
Sie lachten.

Sie aber wuchs im Sarg.
Die Bretter brachen, krachten.
Sie erhob sich,
stand vor ihren Mördern,
größer, groß, riesenstark,
unbesiegbar.

Nicht näher eingegangen werden kann hier auf die drei Bühnenstücke und die vier Einakter Luitpolds. Sie atmen den gleichen Geist wie die Gedichte und Balladen und sie wurden mit gleicher Anteilnahme, ja Leidenschaft geschrieben.

Im Werk Josef Luitpolds finden wir Arbeiterdichtung und politische Dichtung von Rang. Da gibt es keine Wortdrechselei und auch keine Flucht in Phantasiewelten (die leider so viele Schriftsteller antreten). „Das Sternbild“ ist engagierte Dichtung. Ein Dich-

ter, der die Welt und die Menschen kennenlernte, hält uns den Spiegel vor. Nicht alle Bilder, die dieser Spiegel zeigt, sind schön oder ermutigend. Aber Luitpold zeigt nicht nur, wie die Welt aussieht, er zeigt auch, wie sie sein sollte. Und das, so meine ich, ist am Ende doch ermutigend. Josef Luitpold verschrieb sich, als Schriftsteller und als Erwachsenenbildner, dem Streben nach Wahrheit und nach Klarheit. Wie gut, daß es auch solche Literatur gibt.

Walter Köpping

KLAUS BÖLLING

DIE ZWEITE REPUBLIK

15 JAHRE POLITIK IN DEUTSCHLAND

Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1963. 413 S., Ln. 19,80 DM.

Klaus Bölling, der nach dem 2. Weltkrieg seine politisch-journalistische Tätigkeit begann, geht laut Vorwort von der Überzeugung aus, daß das Schicksal der zweiten Republik nicht besser sein werde als das der ersten, wenn die Resignation aus geistiger Trägheit eines Tages Überhand nehmen sollte. Dementsprechend stellt er sich seine Aufgabe: Er will eine kritische Darstellung der die Bundesrepublik bestimmenden Kräfte geben, ohne in den Fehler einer nur negativen Kritik zu verfallen, und damit einen Beitrag zur Klärung des Standortes der Bundesrepublik liefern.

In diesem Sinne ist das Buch sehr reichhaltig. Manches bedeutungsvolle Geschehen seit dem Zusammenbruch Deutschlands wird dem interessierten Leser ins Gedächtnis zurückgerufen bzw. von der heutigen Sicht aus in ein klareres Licht gerückt. Aber es gibt auch Schiefheiten in Böllings Darlegungen, so daß nicht alles, was er schreibt, als objektive Wahrheit hingenommen werden kann. Seine Sympathien und Antipathien oder seine doch nicht sehr kritische Hinnahme dessen, was einige Politiker, die er beim Schreiben des Buches interviewt haben wird, ihm sagten, treten recht deutlich zutage.

Die schon weitgehend in Vergessenheit geratene Zeit der Herrschaft der Militärregierungen und ihre Mitverantwortung für die weitere Gestaltung der gesellschaftlichen Zustände in beiden Teilen Deutschlands, die Ursachen der Teilung, das Wiedererstarren restaurativer Kräfte in der Bundesrepublik, werden anschaulich geschildert. Unter den Parteien werden insbesondere die CDU und die SPD unter die Lupe genommen. Den Gewerkschaften, dem Bundesverband der Industrie, den Bauernverbänden, den Vertriebenenorganisationen, der Bundeswehr sowie der Außenpolitik der Bundesrepublik und der

Frage der deutschen Wiedervereinigung sind besondere Kapitel gewidmet.

Im Kapitel über die SPD wird *Herbert Wehner* eine so überragende Stellung zugeschrieben, daß die Verdienste anderer SPD-Politiker, mit Ausnahme *Kurt Schumachers*, fast nur im Satellitentum von Wehner erscheinen. Im Kapitel über die Gewerkschaften rangiert *Georg Leber* weit an der Spitze, die Verdienste von *Otto Brenner* dagegen werden stark verkleinert. Brenner wird unterstellt, er betrachte die Gewerkschaften als „Staat im Staate“. Schief ist auch die Behauptung, der DGB habe gegenüber der Zeit seines Gründers *Hans Böckler* deshalb immer mehr an Einfluß verloren, weil „nicht wenige Gewerkschaftsleute“ sich ausschließlich auf die Tarifpolitik konzentriert hätten. Daß die Tarifpolitik von einer bestimmten Zeit an mehr in den Vordergrund trat, lag einesteils daran, daß sie in der ersten Nachkriegszeit weitgehend den Militärregierungen vorbehalten blieb, zum anderen an den schon erwähnten restaurativen Erscheinungen in der Bundesrepublik, die ihrerseits mit dem Kräfteverhältnis im Parlament zusammenhängen.

Eine Unrichtigkeit betreffend Hans Böcklers Leben unter dem Naziregime wäre leicht zu vermeiden gewesen. Böckler hat nämlich glücklicherweise nicht zehn Jahre in Nazi-Konzentrationslagern verbracht, sondern er konnte sich nach schwerer Verfolgung verborgen halten.

Bölling stellt fest, daß die Regierung *Adenauer* es den Gewerkschaften nicht leichtgemacht hat, „sich dem Staate zu nähern“. Das autokratische Wesen Adenauers und seine zahlreichen Zugeständnisse an die Vertreter der Industrie und der Landwirtschaft werden durch Tatsachenbelege veranschaulicht. Unter Würdigung seiner Verdienste um die Bundesrepublik werden auch seine Versäumnisse, die Russen in der Frage der deutschen Wiedervereinigung auf die Probe zu stellen, und sein wechselndes Verhältnis zu den USA herausgestellt. Bölling meint, *Schumachers* Antithese, die Frage der Wiedervereinigung vor der Frage der westlichen Integration rangieren zu lassen, sei inzwischen an dem Nein der Sowjets zerschellt. Auch die Politik der militärischen Stärke sei durch die Tatsachen widerlegt worden. Es bleibe nur noch die Hoffnung, daß die Sowjetunion im Gefolge eines Ausgleichs der Weltmächte eines Tages nicht länger befürchte, die Wiedervereinigung der Deutschen würde sich zu ihren Lasten vollziehen. Hierauf müßten die Bürger der Bundesrepublik vorbereitet werden. Der steinernen Mauer des über die Zone herrschenden Regimes dürfe nicht eine geistige Mauer bloßer Abwehr entgegengesetzt werden. Dabei müsse Allgemeinerkenntnis werden, daß die Freiheit in der Bundesrepublik keine „Freiheit auf Abruf“ sei.

Irmgard Enderle

MARGERY PERHAM
BILANZ DES KOLONIALISMUS

Urban-Bücher 72. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart
1963. 159 S., kart. 4,80 DM.

HEIKO KÖRNER
KOLONIALPOLITIK UND
WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Das Beispiel Französisch-Westafrikas. Ökonomische Studien Bd. 10. Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1965, 307 S., 1 Karte und 38 Tabellen, kart. 42 DM.

Der Einsatz nicht kolonialgeschichtlich vorbelasteter Kräfte in den ehemaligen Kolonialgebieten machte offenbar, daß trotz vieler negativer Urteile über das Zeitalter des Kolonialismus dieses als historische Epoche ein integraler Bestandteil der Entwicklungsgeschichte eben jener Gebiete ist. Durch den Einbruch europäischer Technik und europäischen Denkens wurde ein Prozeß ausgelöst, an dessen Ende die farbigen Völker ihre neuerliche Unabhängigkeit, diesmal allerdings auf höherer Stufe, forderten. Der soziale Bruch in alten Gesellschaftssystemen, die teils behutsame, teils brutale Intervention der Kolonialmächte, die fragwürdige Überpflanzung europäischer Vorstellungen von Demokratie, die prekäre Situation der weißen Siedler in einigen Gebieten — dies sind Gesichtspunkte einer Vorlesungsreihe der Engländerin *Margery Perham*, die viele Jahre ihres Lebens in den britischen Gebieten Afrikas verbrachte und nun sehr unvoreingenommen versucht, eine Bilanz der britischen Kolonialpolitik vor allem in Afrika zu ziehen. Sie klammert dabei rein ökonomische Fragen zugegebenermaßen aus, was nicht unbedingt befriedigen kann.

Die wirtschaftliche Seite der kolonialen Durchdringung Afrikas ist demgegenüber Zentral-

thema der Arbeit von *Körner*, der sich als Forschungsregion das ehemalige Französische Westafrika ausgesucht hat. Die außerordentlich sorgfältige und nicht mit Voreingenommenheit belastete Arbeit kommt trotzdem zu einer Bestätigung der von Fachkennern immer vertretenen Meinung, daß nämlich die Entwicklungspolitik nicht eine bloße Fortsetzung der Kolonialpolitik mit anderen Namen ist, sondern etwas grundsätzlich Neues. Er weist nach, daß die Investitionen und Maßnahmen in Übersee, so umfangreich sie auch waren und so sehr sich auch die theoretischen Konzeptionen nach dem zweiten Weltkrieg gewandelt haben mögen, nicht darauf ausgerichtet waren, abgerundete Volkswirtschaften mit einer modernen Bevölkerungsverfassung zu entwickeln. Es wurde in erster Linie zerstört (ohne Neues anzubieten); die alte Gesellschaft (ohne eine alternative Verfassung), die natürlichen Reichtümer (ohne einen adäquaten Gewinn der einheimischen Bevölkerung). Die Maßnahmen gingen den Weg des geringsten Widerstandes, ohne einen allseitigen Entwicklungsauftrag zu erfüllen. Die später einsetzende Sozialpolitik führte nicht zwangsläufig zu einem qualitativen Umschwung, und die Integration der Kolonien in eine französische Großraumwirtschaft „bedeutete deshalb nichts weiter als den Übergang zu einem machtimperialistischen Merkantilismus auf höherer Stufe“ (S. 234).

Körner, der die Frage der inneren Wirtschaftsentwicklung, die Rolle der Außenwirtschaft und zahlreiche andere Details untersucht, legt nicht nur eine interessante Analyse der französischen Kolonialpolitik vor, sondern beleuchtet quasi indirekt zugleich den Hintergrund der Schwierigkeiten, die sich heute bei der europäisch-afrikanischen Zusammenarbeit auf Grund der kolonialen Vergangenheit unserer Partnerstaaten ergeben. *Dr. Wolf Donner*